

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Verlagspreis
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 212.

Mittwoch, 12. September 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Straupe, den Hauptpostämtern sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Kupon-Konten für die Nummer des Ausgabejahres bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Raskantensstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Freiwillige Versteigerung.

Erbschaftshalber sollen

Dienstag, den 25. September 1894,
Vormittags 11 Uhr,

im Wärsdorfschen Gasthofe zu Ganzig die zum Nachlasse der Gutsbesitzerin Amalie Auguste verw. Peinze geb. Werner in Ganzig gehörigen Grundstücke, als:

A.
das Fünftelstueck Nr. 58 des Brand-Catasters, Fol. 54 des Grund- und Hypothekenbuchs, No. 14, 6, 10, 111, 120, 131, 133, 135, 137, 139, 146 des Flurbuchs für Ganzig, 23 H. 1, 7 Ar. = 41 Ader 177 □ R. umfassend, mit 969,76 Steuereinheiten belegt, ortsgewöhnlich auf 62472 M. 85 Pf. geschätzt, sammt Inventar und Borräthen, B.

das Drittelstueck No. 47 A. des Brand-Catasters, Fol. 44 des Grund- und Hypothekenbuchs, No. 1, 114, 121 des Flurbuchs für Ganzig, 6 H. 66,5 Ar. = 12 Ader 13 □ R. umfassend, mit 277,70 Steuereinheiten belegt, ortsgewöhnlich auf 19870 M. geschätzt, sammt Borräthen ohne Inventar, und zwar im Einzelnen, event. auch zusammen durch das unterzeichnete Königl. Amtsgericht meistbietend versteigert werden.

Erstehungslustige werden ersucht, sich zum Termine an Ort und Stelle einzufinden. Die Versteigerungsbedingungen sind aus den an der hiesigen Gerichtsstelle und im Wärsdorfschen Gasthofe zu Ganzig ausliegenden Anschlägen ersichtlich.
Dienstag, am 23. August 1894.

Das Königl. Amtsgericht.
Schmann.

Holz-Versteigerung.

Gohrischer Revier. Gasthof „zur Königslinde“ in Wülknig.
Freitag, den 21. September 1894, Vorm. 9 Uhr.

22 hieserne Langhölzer III. Klasse, in Abth. 28 (Richte Eichen),
401 Nm. hieserne Eiche, auf den Kahlschlägen der Abth. 10 (Gerrenheide), 33, 35
642 „ hiesernes Kieferholz, (Am Königsstand).

Königl. Forstrevierverwaltung Gohrisch, und Königl. Forstrentamt
Moritzburg, den 30. August 1894.
Eppendorf. Mittelbach.

Tagesgeschichte.

Ein jüdisches Blatt läßt sich von Berlin melden, daß die große Königsberger Rede des Kaisers vorher mit dem preussischen Staatsministerium „erwogen“ worden sei. Selbstverständlich hat man es da leblich mit einer Vermuthung zu thun, die insofern das Richtige treffen dürfte, als der Kaiser gewiß dem in Königsberg weilenden preussischen Ministerpräsidenten vorher von dem Sedantengange dieser hochpolitischen Rundgebung Mittheilung gemacht haben wird. Von irgend einer vorausgegangenen Berathung darüber mit dem Gesamtministerium kann indessen keine Rede sein. Es ist als sicher zu betrachten, daß den übrigen Mitgliedern des preussischen Staatsministeriums mit einer einzigen Ausnahme diese Rundgebung ebenso überraschend gekommen ist, wie der gesamten Öffentlichkeit. Die erwähnte Ausnahme dürfte nach allem, was verlautet, der Minister des Auswärtigen gewesen sein, der bekanntlich kein anderer, als der Reichskanzler ist. In Berliner regelmäßig gut unterrichteten Kreisen will man zuverlässig wissen, daß auch Graf Caprivi vorher von der Absicht des Kaisers unterrichtet worden sei und sie rückhaltlos gebilligt habe. Man erzählt sich weiter, daß der Wortlaut der kaiserlichen Ansprache auf allerhöchsten Befehl sofort dem in Karlsbad weilenden Reichskanzler telegraphisch übermittelt worden sei. In der That hat Graf Caprivi allen Anlaß, die Königsberger Rundgebung des Kaisers mit Bewunderung zu begrüßen. Ist sie doch ganz darnach angethan, seine Politik und Stellung unter allen Umständen wesentlich zu stärken, ob sie die gewünschte Wirkung erzielen mag oder nicht. In dieser Beziehung wird man erst später, nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags, mehr vielleicht noch des preussischen Landtages klarer sehen können. Bis dahin wird man auf Rhythmen angewiesen sein, für die die Aeußerungen der Parteipresse wohl eine gewisse Richtung, aber durchaus keine vollkommene Sicherheit bieten können. — Im Uebrigen wird die Rede in der Presse noch fortgesetzt lebhaft erörtert. Jetzt hat nun auch Präsident des Bundes der Landwirthe von Floey-Doellingen, in einem langen Aufsatz das Wort ergriffen, den gleichzeitig das Organ des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“ und — mit einigen Korrekturen — die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht. Von Floey wendet sich hauptsächlich gegen die Art und Weise, in der die freisinnige Presse die Rede zu beleuchten beliebt. Er sagt u. A.:

Die Geschichte wird wohl bereinstimmen, ob diejenigen nicht dem Vaterlande und der Monarchie den größten Dienst erwiesen haben, welche unbeirrt und zähe dafür eintraten, daß der Staat, welchen Se. Majestät selbst die Säule und Stütze des Thrones nennt, lebenskräftig erhalten bleibe! Wer schafft denn die Sozialdemokratie, den Anarchismus, gegen die unser Kaiser uns Alle aufruft? Der Freisinn hat sie politisch gefördert durch Unterwühlung unserer politischen und gesellschaftlichen Zustände. Die großen Städte allein senden und die Sozialdemokraten in den Reichstag. Jenen großen Handelsstädten auch im Osten gönnen wir gern ihr Emporkommen und freuen uns, wenn auch Se. Majestät dies nicht und freudig erwünscht. Wenn aber dem Kaiser berichtet wird, daß Handel und Wandel im Allgemeinen in der Provinz kypresen wieder ausblühen, so werden die ostpreussischen Landwirthe verwundert sich sagen: „Leider merken wir davon nichts, im Gegentheil, es war wieder ein Jahr, trüber noch als zuvor, — mögen jene Beamten doch mal in unsere Wirtschaften, in die der mittleren und kleinen Besitzer kommen, dann

würden und mühten die Berichte ganz anders lauten.“ Und trotzdem, wenn auch der Verzeiwung nahe, der Landwirth und Bauer, er bleibt treu und loyal, auf ihn kann sich unser Kaiser stets verlassen; sein Ruf: „Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes“ wird niemals vergeblich an uns ergehen. „Gut und Blut unserm Könige“, das ist ein altes Bauernwort. Treue zu unserem Kaiser, Vertrauen zu ihm hat uns nie gefehlt, trotz heißer Prüfung!

Deutsches Reich. Se. Majestät der Kaiser hat, wie die „Kreuzzeitung“ vernimmt, bei jüngster Anwesenheit in Königsberg dem Fort X daselbst den Namen „Fort Raniq“ beiglegt und dies dem Grafen von Raniq-Podangen durch Allerhöchste Kabinettsordre vom 5. d. M. kundgegeben.

Vor ein Volksgericht in Magdeburg ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Volk zum 11. d. M. geladen, um sich wegen seines Verhaltens im Bürger Schuhmacher-ausschuss und gegenüber dem Magdeburger Parteiorgan zu verantworten. Als Referent wird der Abgeordnete Albert Schmidt aufgetreten.

Am vergangenen Sonnabend fand in Düsseldorf bei guter Theilnahme aus vielen rheinischen Wahlkreisen die Vertrauensmänner-Versammlung des Deutsch-sozialen Partei-Bundes der Rheinprovinz statt. Die Verhandlungen, die von 1/2 Uhr Abends bis 2 Uhr Nachts dauerten, ergaben die Uebereinstimmung der Bestimmungsgenossen in allen wesentlichen Punkten und sie führten vor Allem nach längerem Auseinanderlegen des mit anwesenden Reichstagsabgeordneten Liebermann von Sonnenberg zu dem wichtigen Entschlusse, dem Einigungswerte zwischen der Deutsch-sozialen und der Reformpartei die Zustimmung zu erteilen. Diese, von allen Bestimmungsgenossen gewiß freudig begrüßte Zustimmung wurde bei einer Stimmenthaltung einhellig gefaßt. Auf eine Anfrage, wie die Norddeutsche Vereinigung sich zu dem Einigungswerte stelle, antwortete der Abg. von Liebermann, daß sowohl der Vorsitzende der Reform als der Vorstand der deutsch-sozialen Partei darüber einig seien, daß die Norddeutsche Vereinigung ihren eigenen Beschlüssen zufolge zur Reformpartei zu rechnen sei. Aus einem Leitartikel der von Herrn Ahlwardt herausgegebenen „Westf. Reform“ sei zu schließen, daß der genannte Abgeordnete gesonnen sei, seine eigenen Wege weiter zu gehen.

Das Befinden der Fürstin Bismarck hat sich, wie aus Barzin gemeldet wird, soweit gebessert, daß sie vorgestern zeitweise das Bett verlassen konnte. Der Fürst befindet sich wohl.

Wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, soll auf dem Bahnhof Dahmsdorf-Müncheberg eine Speisung von 7500 Mann der Garde am nächsten Sonnabend vor der Rückkehr der Truppen nach Berlin veranstaltet werden. Es handelt sich um eine Probeleistung einer militärischen Feldküche großen Stiles. Die Vorbereitungen sind im vollen Gange. Da die Bahnhofswasserversorgung untaugliches Wasser liefert, werden einige artefizielle Brunnen gebohrt. Beim Abkochen sollen 12 Männer und 28 Frauen thätig sein. Die Speise wird ein einziges Gericht sein, Bohnen mit Fleisch.

Rußland. Blättermeldungen zufolge äußerte der russische Finanzminister Witte in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ bezüglich der Türkei und Rußlands, er wünsche die Freiheit der Schifffahrt

der Dardanellen nicht für sich allein, sondern für Alle; der Bestand der Türkei stehe dabei ganz außer Frage. Seit dem Abschlusse des deutsch-russischen Handelsvertrages habe sich die politische Lage in Europa wesentlich gebessert, der Friede sei gesichert.

Spanien. Madrid, 11. September. In Aragonien befinden sich mehrere kleine Ortschaften in vollem Aufruhr. Die Bürger dieser Orte erheben gegen die Erhebung der Defter Steuer Widerspruch, setzen die Steuerbediensteten in Brand, mißhandeln die Beamten und drohen, die Stadthäuser in die Luft zu sprengen, wenn nicht die Form der Steuereintreibung gemildert werde.

Griechenland. Die seiner Zeit gemeldete Zerstörung des Geschäftshauses der Zeitung „Akropolis“ durch griechische Offiziere hatte nach einem Athener Berichte der „Köln. Ztg.“ folgenden Anlaß: Viele Oppositionsblätter, insbesondere aber die „Akropolis“, enthielten schon seit mehreren Monaten fast täglich heftige Artikel über Gewaltthatigkeiten und Mißbräuche aller Art, die sich das Militär, die militärisch organisierte Polizei und einzelne mit Namen angeführte Offiziere in den Provinzen gegen das Publikum gestatteten. Einigen dieser Berichte haben offenbar Thatsachen zu Grunde gelegen, in andern Fällen scheint die Darstellung übertrieben oder auch ganz unwarhaft gewesen zu sein. Dester brachte die „Akropolis“ auch größere Leitartikel über den angeblich schlechten Zustand des Heeres und das ungebührliche Benehmen des Militärs im Allgemeinen. Diese Angriffe steigerten mehr und mehr die Erbitterung und den Unwillen der Offiziere. Sie fühlten sich in ihrer Ehre verletzt und mußten es vor Allem als eine große Ungerechtigkeit ansehen, daß wegen der möglichen Ueberschreitungen Einzelner das ganze Militär verantwortlich gemacht werden sollte. Sie beschloßen daher, an der Redaktion der „Akropolis“ Rache zu nehmen. Ueber die Art und Weise der Ausführung berathen sich die meisten der in Athen anwesenden Offiziere schon einige Tage zuvor im Militärkasino. Die während der Verherrung herbeigeeilten Redakteure der „Akropolis“ eilten zum Kronprinzen-Regenten Konstantin in Latoi und zu den Ministern, um sich zu beklagen und Schutz zu suchen. Ingleich sahen sie sich nach einer anderen Druckerei um, um das Blatt für Sonntag fertigzustellen. Dies suchte aber das Offiziercorps auf alle Weise zu verhindern, bis schließlich mit großer Mühe unter dem Schutze der Polizei ein halbes Blatt gedruckt und am Sonntag ausgegeben werden konnte. Sonntag früh meldeten sich die Offiziere alle selbst bei ihren Vorgesetzten und gaben die Namen der am Zerstörungswerte Theilhabenden an; aber auch die, die sich nicht betheiligten hatten, erklärten sich mit dem Geschehenen einverstanden. Ueber die Art und Weise eines etwaigen gerichtlichen Verfahrens und einer Bestrafung der Schuldigen verlautet noch nichts Bestimmtes. Verhaftungen sind bis jetzt nicht vorgenommen worden oder doch nur wenige im Anfang, die Betreffenden wurden aber gleich wieder auf freien Fuß gesetzt. Im Ministerrath soll, im Einvernehmen mit dem Kronprinzen-Regenten, strenge Untersuchung angeordnet worden sein, aber deren Ergebnis noch nicht bekannt sein kann. Das Gerücht, das sich längst verbreitet hatte, der Kriegsminister sei mit seinen Kollegen im Ministerium nicht einig und wolle zurücktreten, wurde von